

Dresdner Nachrichten

Druck und Eigentum der Herausgeber: Lipsch & Reichardt in Dresden.

Nr. 299. Zwanzigster Jahrgang.

Witredakteur: Dr. Emil Bierley.
Für das Beurtheil: Ludwig Hartmann.

Dresden, Dienstag, 26. October 1875.

Politieërs.

Vorübergerauscht sind nun die Mailänder Feste, verwelkt die Blumen, eingepackt das eiselfirte silberne Tafelgeschirr, abgereist die Fürsten und Fremden, eingesargt die Orden und Brillanten, ausgelöscht die Kerzen, eingewickelt die Fahnen, regelmäßig wiederum der Menschenverkehr in den Straßen der Hauptstadt der Lombardie. Wöge das Resultat der Monarchenzusammenkunft dem Festesjubel entsprechen! Eitel Blendwerk wäre dieser, wenn Italien bei der nächsten Papstwahl sich nicht auf dem richtigen Punkte befinden läßt! Ein Papst-Feuerbrand, durch Mithilfe der Italiener in den Vatican beseufen, würde der übelste Nachgeschmack der herrlichen Tage von Mailand sein. „Wehe uns“, brach Kaiser Wilhelm's überströmendes Gefühl einmal aus, „wenn diese Allianz in Trümmer ginge“; — er meinte die Allianz zwischen Deutschland und Italien. Nicht von kriegerischen Gefahren sprach er offenbar, denn „ich liebe den Krieg nicht und hoffe ihn vermeiden zu können“, hatte er vorher versichert. Und es ist natürlich, daß ein Greis, der so Großes gehabt, den conservativen d. h. erhaltenen Grundsätzen huldigt und nicht die Errungenschaften seines Lebens den Chancen kriegerischen Würfelspiels preisgeben will. Nein, er zielt auf den Kirchenstreit ab, in den er wider seinen Willen verwickelt ist. Hierin, bei der künftigen Papstwahl, muß sich's zeigen, ob der Italiener Treue zu halten weiß. Diese Stunde naht augenscheinlich in Balde. Die Geistes- und Körperkräfte des oft todstark gefagten Papstes nehmen jetzt wirklich auffällig ab. Nur die günstigsten Vomente können die Arrangeure im Vatican dazu benutzen, den Papst Audienzen erteilen zu lassen, damit das Unzujammmehngende in seinem Gebanlgange nicht allzugrell hervortritt.

in jenem Webausgange nicht aufgetreten geworben.

Ganz Bayern, soweit es nicht unter der lübhernen Hand des Ultramontanismus liegt, atmet seit dem Handschreiben des Königs Ludwig freier auf. Hoffentlich wirken die offenen königlichen Worte auch auf die im Ganzen doch sehr loyale Bauernbewölkerung, daß, wenn die Regierung den Landtag auflöste und Neuwahlen ausschreibe, nicht wieder eine clericaler Mechtigkeit der Urne entstiege. Freilich, so weit ging der König nicht, daß er die Entlassung des jetzigen Ministeriums annahm, ein Ministerium von Stauffenberg berief und diesem die Leitung der Wahlen übertrug. Deshalb sind auch die Clericalen keineswegs entmuthigt. Will doch die verwitterte Großprinzessin von Thurn und Taxis, geborene Herzogin Helene in Bayern, den zu einer pot-de-chambre-Berühmtheit gelangten Bezirksgerichtsrath Schels in ihren Haussdienst ziehen. Eben hat gegen diesen Namensrippe der König einen nachträglichen Ordnungsruf erlassen und — die königliche Cousine nimmt ihm in ihrem Haussdienst. Sonderbar!

Zürst Bismarck zünkt! Auf wen? Auf die Nationalliberalen. Diese sind nämlich noch in dem ersten Stadium ihrer Gefühle. Einmütig haben sie die Preßnebel-Paragraphe der Strafgesetznovelle verurtheilt. Ihre spätere Zustimmung hierzu, läßt Bismarck sich vernehmen, sei aber der Brüllstein ihrer Vonalität; ja, er läßt durchblenden, daß er sich unter Umständen mit den Clericalen gegen die Rationalliberalen verbünden oder doch mit jenen einen Waffenstillstand schließen würde. Das letztere ist zwar unmöglich, da ein Theil der Strafgesetznovelle sich direct gegen die Clericalen richtet, aber man kennt die Wirkung solcher Schredbilder. Es darf nur noch die Drohung des Rücktritts bezulommen und das Spiel ist gewonnen. Durch die Einheit nicht zur Freiheit, sondern zur Sklaverei, aber doch zum Anschluß, wenn das halbe Elend!

Annte, aber doch zum Knebel, wenn das besser Klingt! Auf ein anderes, noch im Entstehen begriffenes Project lenken wir jetzt schon die Aufmerksamkeit. Man will sämtliche Eisenbahnen Deutschlands, sowohl der Einzelslaaten als der Privatbahnen, zum Eigenthume des Reichs machen (natürlich Voniern ausgenommen). Als angebliche „Entschädigung“ soll für den Kilometer durchschnittlich der Pappentisch von 225,000 Mark bezahlt werden, so daß das Reich für 5170 Millionen Mark in den Besitz von 23,000 Kilometer Bahn käme. Wir unterlassen es heute, alle Folgen dieses Projects zu beleuchten. Besser läme das Publikum wahrscheinlich nicht weg, wenn Alles von Berlin aus reglementirt wird. Wir bemerken nur zweierlei: daß eine beträchtliche Entwertung aller Staatspapiere, die zur Erbauung von Staatsbahnen ausgegeben wurden und ebenso ein tiefer Fall der Eisenbahnactien die Folge wäre. Gedann fragen wir: was wird aus dem sächsischen Budget, wenn uns das beste Pferd aus dem Stalle mit Beschlag beglegt wird? Bei dem Budgetrecht in Sachsen wissen wir wenigstens, was mit unserem Gelde wird; das mangelhaftste Budgetrecht des Reichs läßt hierüber manche Zweifel offen. Wenn uns noch die Eisenbahnen genommen werden, folgen die Bergwerke und Forsten bald nach; sogar die Hofapotheke wäre nicht sicher. Dann schließt nur aber auch allein den Landtagssaal! u. s. m. u. s. w.

Rezension und Diskussion

Lucches und Sachsisches.
— Se. Maj. der König hat für die durch den Tod des wüll. Geheimen Raths Grafen von Hohenthal auf Knauthain erlebigte Stelle in der 1. Kammer der Standesversammlung den wirklichen Geheimen Rath Grafen Albin Leo von Seebach auf Unwürde ernannt.

— Dem Brückengeldeinnehmer Johann Daniel Roth in Döthen ist die zum Albrechtsorden gehörige Medaille in Gold verliehen worden.

— Der Beigeordneter Böpf in Dresden ist zum kaiserlichen Postbeamten ernannt worden.

— Landtags-Budget. (Schluß.) Das Baufchiquantum zur Unterstützung katholischer Kirchengemeinden mindert sich um 5100 M. auf 16,700 M., da aus diesem Fonds bisher auch die katholischen Schulen Unterstützung erhalten, diese Kosten aber in Zukunft aus dem allgemeinen Schulfonds bezahlt werden. Die Taubstummen-Anstalt in Dresden hat 19,300 M. Einnahmen und 18,600 M. Ausgaben, davon Schulgebühren 7,200,000 M., 5,700,000 M. für

die in Leipzig hat 12,000 Br. Einnahme und bedarf noch 51,000 Br. Bis hier Deutscherbeiträge werden noch wie vor 2400 Br. an-

gut die Deutschtatholiken werben nach wie vor 2400 M. gefordert. Unter den stiftungsmäigigen Leistungen des Staates für Kirchen- und Schulzwecke begegnen wir einigen Posten, die besser durch Ablösungen aus dem Redenverlese des Staatsbudgets verschwinden, z. B. 357 und 163 M. für die Meißner und Grimmaische Landesschule, für Salz, Röhrlod und Lehmbüchern 141 M. für die Kreuzschule und einige Dorfschulen, darunter 27 M. mehr, da daß der Kreuzschule in natura zu gewährende Weinbeprägung mehr kostet. Der evangelische Gottesdienst in Dresden erfordert 17,000 M. Staatsbeihilfe. — Der Stat des Ministeriums des Auswärtigen ist unverändert 166,000 M.; der sächsische Gesandte in Berlin erhält 30,000, der in Wien 34,000, der in München 15,000 M. Die sonstigen Ausgaben für Reichszwecke (Steinkosten und Diäten für die sächsischen Bundes-Commissare u. s. w.) sind wie früher 21,000 M. Der Pensionä-Stat steigt hingegen sehr beträchtlich, um 171,000 M. auf 2,220,000 M. Die Pensionen

betragen beim Hof-Etat 16,000 (8,800 —), beim Gesamtministerium 13,700 (800 —); bei der Justiz 665,700 (87,000 +) im Innern 430,000 (51,000 +), bei den Finanzen 982,600 (38,000 +); bei den Sammlungen für Kunst und Wissenschaft 10,800 (unverändert), im Cultus und Unterricht 46,600 (11,000 +) im Auswärtigen 38,600 M. (unverändert); an Invaliden aus den Kriegen von 1870/71 66,000 M. (unverändert). Beträchtlich steigt auch der Bau-Etat, um 1,097,000 auf 4,848,000 M. Dabei erhalten 71 Ober-Chausseewärter 111,000 M., 694 Chausseewärter 457,000 M., 13 Wegewärter 85,800 M. Hierbei erwähnt die Regierung anmerkungsweise, daß nach Vollendung des Hoftheaters der Platz vor demselben für 14,000 M. zu pflastern sein wird. Die Herstellung der Promenade zwischen Hoftheater und Stallstraße wird alsdann ebenfalls vorgenommen werden, sie soll 1000 M. kosten. Die Unterhaltung der fiskalischen Wege und Promenaden auf den ehemaligen Dresdner Festungsräumen kostet, so mangelhaft sie ist, doch 22,000 M. Die fortgesetzten Chaussee- und Straßenbau-Neu- und Correktionsbauten erfordern 750,000 M., die Unterhaltung der 2,805,000 Meter fiskalischer Chausseen, pro Meter 60 Pf. kostet 1,683,000 M. Man nimmt einen jährlichen Zuwachs von 25 Kilometern durch Neubauten an. Das Schneeauswerfen verlangt 100,000 M. Zum Bau und Unterhalt von Brücken werden 135,000 M. gefordert, zu Wegebau-Unterstützungen an Gemeinden 180,000 M. Die Gehalte beim Wasserbau-Etat betragen 43,000 M. zu den Strom-, Ufer- und Dammbauten werden 160,000 M. verlangt (65,000 +); das + erklärt sich leicht aus der energischeren Arbeit zur Räumung des Fahrwassers der Elbe. Die Staatsgebäude zahlen — es wird eigentlich das Geld aus der Tasche in die andere gesteckt — an die Landes-Branntafse 17,000 M. Versicherungsbeiträge. Diese Beiträge steigen um 24,000 M. da die Versicherungsprämien für die königl. Schlösser in Dresden und Pillnitz 1877 auf 5 Jahre vorauszuzahlen sind. Die Bau-Verwaltung bedarf 469,000 M. (62,000 M. —). Der Reservefonds zu außerordentlichen Bedürfnissen ist auf 628,539 M. veranschlagt (207,003 +). Die Regierung erwartet offenbar das Eintreten außerordentlicher Ereignisse! Das schließt

das Budget. — E d t a g. Inmitten des Jahrmarkts am, der einzeln
Steden veränderte Zeitung. Ist die 1. St. gestern eine so
stunstvolle Sitzung. Die Folge der neuen Geschäftsort-
nung, das lange darüber bestirbt wird, wie ein Gegenstand
weiter geschäftlich zu behandeln ist, trat wieder recht lebhaft zu
Tage. Ferner müssen jetzt eine Masse Dinge ausführlich und
in Gegenwart von 80 Abgeordneten und einigen Württembern er-
läutert werden, die sonst idemlich behandelt nach vorübergingen.
Zunächst bewilligte die St. normal die Mittel für ein neues
Seminar. v. Böse wollte es nach Dippoldiswalde haben
wo die Stadt einen Bauplatz schenken würde, Dr. Martin w.
nach dem bloß vernachlässigten Tollberg, Abg. Hartw.
nach Hohenstein, das schon große Opfer dierfste gebracht habe
Abg. Faust nach dem theilweise zerstrebenden Schloß Augustburg,
Minister v. Gerber; Es lagen bereits Gesuche von
45 Orten vor; mehr als ein Seminar zu bauen, dazu habe der
Finanzminister erklärt, nicht die Mittel zu haben; wenn Stark
Wittweida geträgt, daß die Bauostenanträgen so oft überschritten
würden, so läge das an den Bautechnikern. v. Oelichsäge
empfahl nicht solche Luxusseminarbauten, wie in Schneeberg.
Hierauf debattirten die Advocaten der Kammer über die Ver-
änderungen des bürgerlichen Gesetzbuches, die sich insfolge der ob
gatortischen Civilbedürftig machen. Abg. Goedel rezipirt
jedoch in die Räten hinein, sodah er meist unverständlich vor der
tribüne blieb. Abg. Mirbach hatte sich der Mühe unterzogen
an Stelle des feiste für einen Richter sehr schwer handliche
Regierungsentwurf ein Gesetz auszuarbeiten, das jedem Vater
verständlich, Alles zusammenfaßt, was von unserem obürgerlichen
Gesetzbuch über daß Überredet noch bestehen bleibt. Der Re-
gierungs-Entwurf enthält nämlich nur Verweisungen auf andere
Gesetze, so daß sich nur Denenje darin ausecht findet (so hat
sich v. Erkelenz in der 1. St. gehabt), der in der einen Form
die Reichs-Konstitutionen, in der andern das sächsische Recht

das Meier-Gesetz, in der aufern das scheinbare dargestellte
Vereinigt hat. Obwohl alle Meier den Fleiß und das praktische
diesel's Kirchlichen Gesetzes erdenken, mußte der Abg. doch
sein Werk zurückziehen, da seine materielle Erfüllung kurz vor
Thorschluss nicht mehr möglich ist, daß Kirchgesetz am 1. De-
zember 1876 in Kraft tritt und bis dahin der Sonntag nicht mehr
zusammenkommt. von Gertenstein hebt hervor, daß kirchliche
Trauungen und Tauen auch in Zukunft nicht aufzuhören brauchen.
Die Katholiken sollten nicht müde werden, die irrige Ansicht ab-
bekämpfen, daß kirchliche Trauungen und Tauen verhindert
wenn die Kirche eingeschürt wird. Dr. Bieder mann: Die
Erhaltung der sittlichen Grundlage der Gewebe dadurch am sicher-
sten mit bestrebt, wenn die wesentlichen katholische wie evangelische
Ihre Aufgabe nicht in dem schroffen clericalen Sinne ausstossen
wie so oft se ther. (Beifall.) Abg. Lehmann hält die Eile zur
Erfüllung des Entwurfs nicht für so notwendig, was Bickerstift
streit damit widerlegt, daß sonst leicht in privatrechtliche Ge-
hältnisse über Geschäftlichkeit Zweck kommen könnten. Abg.
nimmt der Justizminister Bickel bei. So sei es unerlässlich
geagt auszusprechen, vor welchen Bedrohen häufig die Christenheit
seiten zwischen Juden zu behandeln seien. Die Rabbinen hätten
keine eigene Gelehrtearbeit und ihre Mitwirkung bei jüdischen
Gesellschaften habe aufzuhalten; die Christen sollten in alle

Punkten dem allgemeinen Rechte unterworfen sein. Abg. Lehmann: Das wünschten sie schon längere Zeit. Abg. Liebermann will nicht, daß Schiedsgericht die eine Verhetzung eingehen wollen, die Glaubwürdigkeit erhalten. Der Justizminister und Vizepräsident Streit stimmen ihm darin bei, daß ein solches Verhältnis ein unsittliches ist, unter Umständen obne es aber noch als das kleinere Vergehen angesehen werden. Abgeordneter Lehmann wollte, daß in gewissen Fällen, wo der Richter eine Sache für richtig erklärt, nicht gesagt werde, wie vorgeklagten: „auch können“ sondern „auch müssen“ die Gegatten, nachdem sie das ihrer Sache entgegenstehende Hindernis erläutert haben, das teiliche Zusammenleben einstellen.“ Doch weist der Minister und Abg. Altvater das Versehen dieses Antrags noch, der dann auch fiel. — Das ganze Gesetz wurde unter gemilderter Theilnahmlosigkeit der Fr. in der Rassung der 1. Fr. angenommen, bis auf einen Punkt: es wurde auf Antrag von Lehmann, Altvater, Dr. Schaffrath und Strauß beschlossen, daß nicht mehr ein Schneeverlach schelbstlasteriger Ehegatten vor einem Geistlichen geleglich geboten, vielmehr ins freie Gründen der Parteien zu stellen sei. Der Justizminister widersprach zwar Dem, indem er betonte, daß die Wirkung von Geistlichen bei einem Schneeverlache sehr oft helligam sei, aber die Fr. wollte davon nichts wissen.

— Ein wohl noch nicht dagewesener Einwand gegen die Wahl eines Abgeordneten ist von der Leipziger Presse erhoben worden. Dort wurde bekanntlich der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Heine gegen den als Karnevalisten berühmten Kaufmann Bruno Sparig (nat.-liberal) gewählt. Die Spartig'sche Partei greift nun die Heine'sche Wahl an und führt, wie man weißt, unter anderem folgenden Grund, der zur Vernichtung der Heine'schen Wahl führen müsse auf: Das Heine'sche Wahlcomitee sei mit einem sehr wenig respektirlichen ausliegenden und der Tugend ergebenen Menschen von Dorf zu Dorf gezogen und habe den Wählern gelagt: daß sei Herr Sparig und eine solche Ersteilung könnten sie doch nicht in die Kammer holen. Der Bleudo-Sparig sei also als abridrendes Mittel gegen den wahren Sparig benutzt worden. Ob das wahr ist, werden wohl die Kammerverhandlungen ergeben. Jedenfalls hätte es, die intelligente Landbevölkerung Leipzigs für sehr untheillos erklären, wenn sie nicht den gewiß höchst albernen Sparig durchschaut und auf den Zopf des falschen Sparig gesessen hätte.

— Dem Vernehmen nach soll für Errichtung der in dem Haushaltplan für die nächste Finanzperiode erwähnten neu zu schaffenden Strafanstalt von der Regierung Stolpен in Betracht genommen worden sein, woselbst ähnlich wie in Hohnstein das dafür Schloß für die Anstalt einen geeigneten Platz abgeben würde. Es wäre in der That auch dem Städtchen Stolpен, dessen Verlebt durch die in Bau begriffene Eisenbahn sehr gefährdet erscheint, eine solche Recompense für die so entfernte Lage von der Eisenbahn und daß seiner Zeit entgangens Seminar wohl zu gönnen.

- Vom ebelsten Religionsteifer getrieben, hat der Abg. Lehmann einen Antrag eingebracht, daß künftig die Israeliten nicht mehr beim Gott Athonai zu schwören brauchen; der Eid solle einfach für Alle so anfangen: „Ich schwörte bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden“ und mit den Worten enden „So wahr mir Gott helfe“. Doch soll es dem Schwörenden gestattet sein, eine seinem Glaubensbekennnisentsprechendere weitere Bekräftigung beizufügen. — Da die Reichsprojektsordnungen die Art der Eideleistung jetzt zu regeln im Begriff stehen, so ist eine Aenderung des Bestehenden wahr-
scheinlich nicht unwahrscheinlich.

— Die japanische Reichs-Universität ist abermals um ein Mitglied aus dem deutschen Reichs, und zwar aus Sachsen, verstärkt worden. Dr. Ed. Raumann aus Meißen ist unter glänzenden Bedingungen zum Professor der Geologie und Paläontologie ernannt worden und bereits abgereist.

— Der gestrige Jahrmarktsitag hatte wieder genau dieselbe Physiognomie wie alle die früher vorhergegangenen. Trüber Himmel oben, Schmuck und Lärmen unten. Leute waren gestern Nachmittag genug auf dem Markt, es läßt sich also annehmen, daß die Geschäfte für die Verkäufer befriedigend gegangen sind, besonders Zwiebeln und Filzschuhe müssen colossal gelaufen worden sein, denn wir sahen eine Unzahl Frauen und sogar Männer, welche Beides in traurer Vereinigung dem häuslichen Herde zutragen; auffallend war, daß man fast immer Filzschuhe und Zwiebeln, selten aber eines ohne das andere sah. Leider geht der Jahrmarkt an den Ohren der Bewohner der inneren Stadt nicht auf Filzschuhen vorüber, er poltert sogar mit recht kräftigen Schritten durch die Straßen, und ist auch die wunderbare Jahrmarktmusik, die noch vor Kurzem in diesen schönen Tagen unharmonisch genug die Ohren berührte, zum Stillschweigen verurtheilt worden, so bleibt doch noch genug am Lärm vorhanden. Die Pfefferluchenbuden waren trefflich besetzt, die freundlichen Pulsnickerinnen hatten alle Hände voll zu thun, was jedenfalls erfreulicher ist, als der überaus rege Verkehr an und in den Anklapellen vulgo Brantweinläden. Die Scenen, die sich da abspielen, sind oft geradezu widerwärtig; besonders in einer Neustädter Destillation ging es gestern überaus lärmend zu, frivole Scenen spielten sich sogar bis auf die Straße heraus. Auch eine

— Unschlüssigend an unsrer in vorgestr. Blatte enthaltenen kurzen Bericht über die offizielle Feier des 25jährigen Jubiläums der königl. Turnlehrerbildungsanstalt sei hier noch bemerkt, daß das Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts Herrn Dr. Alois das Prädicat „Professor“ verliehen hat.

— Im sogen. Pieschner Winkel ist gestern Vormittag ein unbekannter männlicher Leichnam angeschwommen und von der Behörde später aufgehoben worden. Er gehört einem Mann in den

— Der bei dem Königlichen Gerichtsamt Oberbach angestellte Kondant Bafler ist mit Unterlassung eines Deficits von 2300 Thlr. durchgegangen. Erst jetzt ist dasselbe, welches dem Vernehmen nach bereits im Jahre 1869 entstanden, bei einer unerwarteten Revision der Haushalte entdeckt worden. Bafler genoss eines großen Vertrauens und darin wohl allein ist der Grund zu suchen, daß man dem ungetreuen Beamten nicht durch eine schärfere Controlle auf die Finger gelesen hat.